

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	03.12.2018
Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender	04.12.2018

Entschädigung von ehrenamtlichen Gremienmitgliedern

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (LST) haben in ihren Sitzungen an 22.03.2018 jeweils eine Anregung an die Ausschüsse Soziales und Senioren sowie Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/ Internationales beschlossen. Darin wurde den Ausschüssen empfohlen zu beschließen, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Stadtarbeitsgemeinschaft LST sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

- ein Sitzungsgeld für die Teilnahme an den Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaften sowie
- eine monatliche Aufwandsentschädigung

erhalten sollen. Außerdem solle den beiden Stadtarbeitsgemeinschaften ein jährliches Budget zur Verfügung gestellt werden.

Die Ausschüsse wurden mit Mitteilung 1109/2018 über die Beschlüsse informiert. Daraufhin hat der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/ Internationales die Verwaltung in seiner Sitzung vom 17.09.2018 beauftragt,

einen Vorschlag zu entwickeln, wie zukünftig Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder von Gremienmitgliedern (analog Vorlage 1724/2018) in der Stadt Köln gestaltet werden können. Dabei sollen verschiedene Modelle dargestellt werden, die nachvollziehbar auch eine unterschiedliche Gestaltung von Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgeldern für diese Gremien ermöglicht. Der zusätzliche Aufwand für den Stadthaushalt pro Haushaltsjahr für die neuen Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder ist darzustellen.

Die Verwaltung hat einen entsprechenden Vorschlag erarbeitet und wird diesen voraussichtlich zur Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/ Internationales am 10. Dezember 2018 vorgelegen. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und die Stadtarbeitsgemeinschaft LST werden durch Mitteilung informiert.

Gez. Reker